

Stadtverordnetenwahl!

Wählerinnen und Wähler!

● Warum müßt Ihr Sozialdemokraten in die Stadtverordnetenversammlung wählen?

● Weil die Sozialdemokraten stets die Interessen aller Arbeitnehmer und kleinen Leute vertreten haben!

Aller Fortschritt wurde von Sozialdemokraten veranlaßt.

■ Nachte Interessenpolitik, Hemmnisse und Rücksicht auf wirtschaftlichen und kulturellen Gebieten kennzeichnen die Tätigkeit der bürgerlichen Stadtverordneten.

Trotz der ungünstigen Finanzlage der Stadt hat die sozialdemokratische Rathausmehrheit in den vergangenen drei Jahren zum Segen der Stadt und ihrer Einwohner gewirkt.

Die Sozialdemokraten haben aufgeräumt mit der Verlängerung einer kleinen ammaenden Bürgerschicht, die die Stadt als mangelnde Lohn betrachtet (gegen seitige Aufzehrung städtischer Aufträge usw.), aber die Steuern ständig von sich und ihren Klassengenossen auf die Schultern der breiten, minderbemittelten Massen abzuwälzen trachtet.

Sozialdemokraten waren es z. B., die mit Ausdauer und Zähigkeit die mahllosen Forderungen der Haus- und Grundbesitzer befämpften und dafür sorgten, daß die

Wohnungs- und Geschäftsraum- mieten

nicht ins Umgemeine gestiegen wurden.

Sozialdemokraten waren es, die alle Bestrebungen auf Lockerung oder Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft bislang abgeschlagen haben.

Das alles hat der Sozialdemokratie den Haß der bürgerlichen

Haus- und Grundbesitzer

eingetragen, die sich mit Hilfe hoher Mieten ein arbeitsloses Einkommen und sorgenlosen Lebensunterhalt sichern möchten.

Weil ihnen dieser Plan von der SPD zuschanden gemacht wurde, verbreiteten sie wieder die alte Lüge von der sozialdemokratischen Misswirtschaft im Rathaus.

Die Sozialdemokraten haben trotz größten Geldmangels das Menschenmöglichste auf dem Gebiete der

Arbeitsbeschaffung
geleistet.

In jedem Jahre haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten ein

Wohnungsbauprogramm

gefördert und durchgesetzt. Umfangreiche Kanal- und Straßenbauten brachten dem Handwerk und der Arbeiterschaft Lohn und Brot. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben sich mit aller Kraft den bürgerlichen „Sparvorschlägen“ widerstellt, die nicht nur eine Verlinderung der städtischen Straßen und Boulevards, sondern eine empfindliche Schädigung Braunschweiger Gewerbetreibender und Arbeiter im Gefolge gehabt hätten.

Sozialdemokraten waren es auch, die das städtische Almosen- und Armenwesen befestigten und dafür das Fürsorgerecht der Bevölkerung und die Fürsorgepflicht der Gemeinden schufen.

Die Fürsorgeausgaben der Stadt betragen gegenwärtig über ein Drittel der städtischen Staatssumme. Trotzdem haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten eine

Erhöhung der Fürsorge - Richt- sätze beschlossen

wollte die ungeheure Notlage der Opfer der Wirtschaftskrise dies gebietserforderte. Die Stadt darf ihre erwerbslosen und hilfsbedürftigen Einwohner nicht einfach verhungern und vereinzeln lassen oder auf die Bahn des Verbrechens treiben.

Die Stadt als sozialer Arbeitgeber hat mit verständnisvoller Hilfe der sozialdemokratischen Stadtverordneten die Fragen der Besoldungsreform, der

